

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer
Bundesministerin

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.365.106

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)2081/J-NR/2025

Wien, am 04. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Nicole Sunitsch, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Mai 2025 unter der Nr. **2081/J-NR/2025** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Haft- und Ersatzfreiheitsstrafen im Zusammenhang mit Corona-Maßnahmengegnern“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Wie viele Personen wurden seit Beginn der Corona-Pandemie (März 2020) bis heute in Österreich in Zusammenhang mit Verstößen gegen Corona-Maßnahmen (z. B. Maskenpflicht, Ausgangsbeschränkungen, Versammlungsrecht) zu Freiheitsstrafen verurteilt?*

Dazu liegen dem Bundesministerium für Justiz mangels automationsunterstützter Auswertungsmöglichkeiten keine Zahlen vor. Es sind aber keine einschlägigen Fälle bekannt.

Zu den Fragen 2 bis 10:

- 2. *Wie viele dieser Fälle betrafen konkret Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Verwaltungsstrafen?*
- 3. *Wie viele dieser Personen traten die Haft tatsächlich an?*
- 4. *Gibt es Daten zur durchschnittlichen Dauer dieser Ersatzfreiheitsstrafen?*
- 5. *Wurden Personen aus besonders vulnerablen Gruppen (z. B. sozial benachteiligte Menschen, Obdachlose, psychisch Erkrankte) überproportional von solchen Maßnahmen betroffen?*
- 6. *Welche Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung (z.B. Ratenzahlung, gemeinnützige Leistungen) wurden den Betroffenen vor der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe angeboten?*
- 7. *Gab es in diesem Zusammenhang Beschwerden oder Verfahren beim Verfassungsgerichtshof oder beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte?*
- 8. *Wie bewertet das Justizministerium im Rückblick die Verhältnismäßigkeit der verhängten Ersatzfreiheitsstrafen im Kontext der Pandemie?*
- 9. *Ist geplant, diese Fälle - auch im Hinblick auf Rehabilitierung oder Wiedergutmachung - aufzuarbeiten oder zu evaluieren?*
- 10. *Inwiefern wird künftig sichergestellt, dass bei ähnlichen Krisensituationen sozial schwache Menschen nicht durch Ersatzfreiheitsstrafen überproportional belastet werden?*

Die Verhängung und der Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Verwaltungsstrafen betrifft keine Angelegenheit des Wirkungsbereichs des Bundesministeriums für Justiz.

Dr.ⁱⁿ Anna Sporrer

